

## **Energie-Sozialtarife in Dortmund sofort notwendig**

**Die Preise für Strom und Gas steigen in astronomische Höhen. Seit dem Jahr 2000 verlangen die Energie-konzerne über 50 % mehr.**

Unabhängig davon, ob und wann es gelingen wird, sie zu maßvolleren Preisen zu zwingen, wird die Forderung nach Sozialtarifen für arme Strom- und Gaskunden überlebenswichtig.

Haushaltsenergie war schon in der Sozialhilfe Bestandteil des notwendigen Existenzminimums. Sie ist heute noch pauschal im Regelsatz enthalten. Aber seit Hartz IV sind die Energiekosten nicht mehr voll erfasst.

### **Manipulation bei statistischen Werten**

1990 verbrauchte ein Ein-Personen Haushalt durchschnittlich 1.781 kWh pro Jahr (148 kWh pro Monat), zwei Personen 2.604 kWh pro Jahr, drei Personen 4.416 kWh. Ein derartiger Verbrauch – zumal einschließlich Warmwasser – ist als sparsam zu bewerten und keinesfalls Energieverschwendung.

Auf dieser Grundlage wurden 1998 für den Stromverbrauch 26,31 Euro im Sozialhilfesatz einer Person berücksichtigt, bei Haushalten ab 3 Personen etwa das Doppelte. Mit der Umstellung auf Hartz IV kam es zu einer zusätzlichen Kürzung durch eine andere Bewertung der statistischen Werte. Als Folge sind heute im Regelsatz nur noch 21,88 Euro für Haushaltsenergie enthalten. Obwohl die Energiepreise seit 2.000 um die Hälfte gestiegen sind.

### **Steigende Energiepreise + gesunkener Regelsatzanteil**

Mit anderen Worten: Für die um etwa 50 Prozent gestiegenen Kosten stehen 2008 jeden Monat 4,56 Euro weniger zur Verfügung als 1998. Folglich müsste ein Ein-Personen-Haushalt etwa 150 Euro pro Jahr mehr haben, ab 3 Personen das Doppelte, um auch nur den Stromverbrauch finanzieren zu können, der früher in der Sozialhilfe enthalten war.

Noch schlimmer kann es bei denen werden, die das warme Wasser über die Zentralheizung geliefert bekommen. Denen dürfen die Kommunen von den 21,75 Euro einen geschätzten Warmwasseranteil vom Regelsatz abziehen, den sie als Teil der Heizkosten übernehmen.

Dass seit der Regelsatzumstellung 2005 die Haushalte selbst einen sparsamen Energieverbrauch nicht mehr bezahlen können, ist allen Verantwortlichen klar. Sie nehmen in Kauf, dass die Betroffenen entweder immer mehr Schulden machen oder die Energiekosten vom Essen, der Kleidung und anderen wichtigen Dingen des täglichen Lebens absparen. Inzwischen merken Energiekonzerne und Stadtwerke an den Zahlungsrückständen vieler Kunden, dass es so nicht weitergehen kann und bieten in einigen Regionen zum Teil selbst Preisnachlässe an.

Auch einige Sozialgerichte, wie das LSG Sachsen, haben inzwischen dazu eigene Untersuchungen angestellt. Nun hat das Bundessozialgericht am 27.2.2008 entschieden, dass allenfalls bis zu 6,53 Euro für Warmwasser vom Regelsatz abgezogen werden dürfen.

Das verhindert zwar besonders schikanöse Kürzungen durch die ARGEn, reicht aber in keiner Weise aus. (Nachzulesen bei [www.tacheles.de](http://www.tacheles.de). Dort gibt es einen Überblick über die komplizierte Rechtslage.)

### **Ratsparteien sind gefordert**

Die Kommunen müssten eigentlich die Betroffenen über die mangelhafte Regelsatzbemessung aufklären und sogar im eigenen Interesse Kläger bei Musterprozessen unterstützen.

In der Übergangszeit müssen Haushalte mit geringem Einkommen durch Schuldenübernahme und Preisnachlässe auf Strom und Gas unterstützt werden. Sozialtarife bieten für Arbeitslose, aber auch für Niedrigverdiener nur eine erste Entlastung. Die Verbraucherzentrale NRW schlägt vor, die lokalen Versorgungsunternehmen, wie in Dortmund DEW21, sollten armen Haushalten die Grundpreise erlassen.

In Dortmund hat die Fraktion „Die Linken im Rat“ diese Forderung aufgegriffen und die Stadtverwaltung in einem Antrag aufgefordert, einen Sozialtarif bei DEW21 durchzusetzen. In der Begründung heißt es: Ein Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, das sich mehrheitlich in kommunalem Eigentum befindet, sollte in besonderer Weise auch seiner sozialen Verantwortung für die Menschen in Dortmund gerecht werden.

Die SPD-/grüne Ratsmehrheit konnte sich erst mal nur zu einer Anfrage aufrufen, was denn die Stadtverwaltung und die DEW21 so zu einem Sozialtarif auf Bundesebene und in Dortmund meint...

Damit scheint wieder dasselbe Spielchen anzulaufen wie beim Sozialticket. Erst jahrelanges Hinhalten, Taktieren und Abschieben auf andere, bis irgendwann der Problemdruck und Bürgerproteste sie doch zur Zustimmung zwingen.

Hinterher fragt man sich dann wieder: Warum nicht gleich so? Warum muß erst Tausenden Familien der Strom abgesperrt werden? Seid ihr eigentlich schon so weit von den Alltagsnöten der Bevölkerung weg?

Also Stadtpolitiker von Dortmund, gebt euch einen Ruck, springt über den Schatten eurer Marktideologie und stimmt Sozialtarifen für Strom und Gas zu.

[www.free.de/sofodo](http://www.free.de/sofodo)

[sofodo-info@free.de](mailto:sofodo-info@free.de)